

E010400

05. Okt. 2023

LANDESHAUPTSTADT



EG: 28.05.2023

über
Herrn Oberbürgermeister ⁸⁰²
Gert-Uwe Mende

file 29.9.

Der Magistrat

Dezernat für
Integration und Recht,
Gesundheit und Tierschutz

über
Magistrat

Stadträtin Milena Löbcke

und
Herrn Stadtverordnetenvorsteher
Dr. Gerhard Obermayr

an den Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen,
Kinder, Familie

27. September 2023

Würdigung von Gastarbeiter*innen in Wiesbaden
- Antrag des Ausländerbeirates vom 16.11.2021 -
Beschluss-Nr. 0004 vom 10.02.2022, (SV-Nr. 21-J-43-0003)

Der Antrag des Ausländerbeirates vom 16.11.2021 wird in folgender Fassung angenommen:

Der Magistrat wird gebeten, in Zusammenarbeit mit dem Ausländerbeirat ein Konzept zu entwickeln, um die Geschichte und Bedeutung der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter in und für Wiesbaden durch geeignete Maßnahmen sichtbar zu machen und zu würdigen.

(antragsgemäß Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen 02.02.2022 BP 0030)

Am 16.11.2021 stellte der Ausländerbeirat den Antrag an die Stadtverordnetenversammlung, die Gastarbeiter*innen, die nach Wiesbaden kamen, durch ein Denkmal sowie einer jährlich stattfindenden Feier zu würdigen.

Zunächst sondierte die Integrationsabteilung bereits laufende Prozesse, welche mittelbar oder unmittelbar mit der Würdigung von Gastarbeiter*innen in Wiesbaden assoziiert werden können. Dies waren zum einen eine mögliche Verknüpfung zum Prozess zur Migrationsgeschichte, an dem das Kulturamt und die Integrationsabteilung in Umsetzung des Arbeitsauftrags aus dem Kulturentwicklungsplan bereits arbeiteten. Zum anderen wurde überlegt, ob und inwiefern an die Ausstellung und Buchvorstellung über griechisch stämmige Gastarbeiter*innen von Maike Wöhler angeknüpft werden kann. Hierüber fand auch ein Austausch mit dem Vorsitzenden des Ausländerbeirates statt. Eine Verknüpfung der Prozesse ist trotz inhaltlicher Überlagerung und verschiedener Anregungen seitens der Integrationsabteilung nicht gelungen. Positiv aufgenommen wurde die Bildung eines gemeinsamen Arbeitskreises. Am 4.7.2023 trafen sich im Rahmen dieses Arbeitskreises Vertreterinnen des Kulturamts (Frau Domes, Frau Welkenbach, Frau Dr. Lukat) mit Vertretern der

Integrationsabteilung /Herrn Galyschew und Herrn Sekmen) und Vertretungen des Ausländerbeirats (Vorsitzender Herr Kizilgöz und dessen Stellvertreterin Frau Richter). Dabei wurden sowohl die Vorstellungen des Ausländerbeirats nach einer Würdigung durch ein Denkmal sowie einer jährlich stattfindenden Feier als auch die Bedenken zu den Vorschlägen des Ausländerbeirats sowie eigene Vorschläge der beiden beteiligten Ämter erörtert. Einigkeit herrschte in der Arbeitsgruppe, dass mit etwas begonnen werden sollte, dass schon existiert.

Die Ideen der Fachverwaltungen sind nachfolgend unter den Punkten 1.-9 dargestellt. Für die Fachverwaltung war dabei folgender Leitsatz Grundlage: „Stadtbewohnerinnen und -bewohner gehören ... unterschiedlichen Milieus an. Die Anerkennung von Heterogenität und Pluralität des sog. „kolléktiven Gedächtnisses“ (Halbwachs, 1950) bildet eine wichtige Voraussetzung für die gelingende Weiterentwicklung kommunaler Erinnerungskultur. Die zentrale Herausforderung für lokale Akteurinnen und Akteure der Erinnerungskultur besteht darin, sich zwischen der Anerkennung von Vielfalt und der Suche nach Verbindendem zu bewegen. ...Erinnerungskultur umfasst somit neben konkreten materiellen Hervorbringungen, wie Denkmälern, Straßen oder Plätzen, auch abstrakte Denk- und Gefühlsstrukturen ebenso wie konkrete Handlungen.“ (Quelle: Erinnern ist Zukunft. Demokratie stärken mit Erinnerungskultur; Positionspapier des Deutschen Städtetages; Juni 2023; ISBN 978-3-88082-378-5).

1. Das Stadtarchiv Wiesbaden arbeitet aktuell an einer Publikation zur Migrationsgeschichte Wiesbadens. In der Studie werden auch die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter beleuchtet. Im Stadtarchiv Wiesbaden werden zahlreiche Aktenbestände verwahrt, die die Geschichte der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter aus institutioneller Sicht der Stadtverwaltung beleuchten. Diese enden zwar in den Jahren 1989-1990, jedoch beinhalten diese überaus interessante Einblicke. Die Bestände der Unternehmen Dyckerhoff und Kalle-Albert könnten für eine Recherche ebenfalls ergiebig sein. Abbildungen aus den Beständen fließen ebenfalls in die Publikation zur Migrationsgeschichte der LH Wiesbaden ein.

2. Eine Veranstaltung analog der Ausstellung über griechisch stämmige Gastarbeiter*innen in Verbindung mit der Buchvorstellung von Maïke Wöhler „Man ist nur so lange fremd, bis man sich kennt - Griechische Arbeitsmigration in Wiesbaden im 20. Jahrhundert“ wäre denkbar. Dabei könnte der Fokus auf Menschen liegen, die auf Grund anderer Anwerbeabkommen nach Wiesbaden kamen. Ggf. haben Migrant*innenorganisationen bereits Material zusammengetragen.

3. Die Wanderausstellung „Drei Generationen“ DOMiD e.V. - Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland könnte nach Wiesbaden geholt werden. <https://domid.org/angebot/ausstellungen/> (Aufruf 12.09.2023) Im Speziellen könnte eine solche Ausstellung mit weiteren Formaten wie Gesprächskreisen und/oder Zeitzeugenberichten (siehe auch 7.) ergänzt werden. Eine Spiegelung aktueller Arbeits- und Wohnbedingungen sowie die Perspektive Betroffener wäre ebenso ein interessanter Ansatz.

4. Aus Projekten und Initiativen wie bspw. in Mainz, Mannheim, Bielefeld oder Köln, wo eigens eine Ausstellung zur Geschichte der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter entwickelt worden ist, wäre ein Wissenstransfer nach Wiesbaden möglich. Für analoge Projekte reichen allerdings weder die personellen Kapazitäten und finanziellen Mittel des Kulturamtes noch der Integrationsabteilung aus.

5. Zeitzeuginnen und Zeitzeugen für Besuche in Schulen gewinnen: Zeitzeuginnen und Zeitzeugen könnten im Rahmen des regulären Geschichts- oder Politik-Unterrichts eingeladen werden und

Schülerinnen und Schülern von ihren Erfahrungen als Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter berichten. Dafür wäre ein pädagogisches Konzept zu erarbeiten, welches mit dem hessischen Lehrplan im Fach Geschichte harmonisiert werden müsste. Außerdem müssten sich in Wiesbaden lebende Zeitzeuginnen und Zeitzeugen für die Besuche bereit erklären und die Besuche müssten koordiniert sowie in die Lehrerschaft kommuniziert werden. Daran angelehnt könnte die folgende Idee eines Erzählbusses sein. Das Bauernhaus-Museum Wolfegg e.V. hat Geschichten zum Thema Gastarbeiter*innen gesammelt, die am Ende in eine Dauerausstellung einfließen sollen. Details hierzu: https://www.bauernhausmuseum-wolfegg.de/unser_museum/WolfeggerBlaetter/Wolfegger_Blaetter_2019.pdf?m=1549615471&

Allerdings verfügen weder das Kulturamt noch das Amt für Zuwanderung und Integration für die Umsetzung eines solchen Projektes über ausreichende personelle Ressourcen.

6. Eine Mobile Seite oder App mit Orten der (Arbeits-)Migration zur Selbsterkundung (Biebrich, Westend, frühere Gebäude der ABH, Wohnstätten, Arbeitsstätten: Werke Kalle-Albert, Rheinhütte und Dyckerhoff). Bei den Arbeitsstätten gäbe es Möglichkeiten die Archive der Unternehmen heran zu ziehen

- (<https://orte-der-erinnerung.entdeckerwelten.eu/>)
- <https://play.google.com/store/apps/details?id=net.ays.PROD554007&hl=de&gl=US&pli=1>
- Oder als virtueller Stadtrundgang, welcher sogar „vom Sofa“ aus begangen werden könnte: <https://rundgang.bautzen.de/stadt/>
(alle Aufrufe 12.09.2023)

Hierzu müsste ein Konzept erarbeitet und eine entsprechende digitale Plattform gefunden werden. Kosten würden sowohl beim Einrichten als auch für den laufenden Betrieb entstehen.

7. Stadtrundgang mit Führung wie bspw.:

<https://www.wochenanzeiger.de/article/211620.html>

<https://giessen-entdecken.de/events/stadtfuehrung-little-america-in-giessen/>

(alle Aufrufe 12.09.2023)

8. Auch die Umbenennung bzw. Namensgebung von Plätzen oder Straßen wäre eine Möglichkeit der Würdigung. Der HGO entsprechend erfolgen Benennungen von Straßen und Plätzen durch den zuständigen Ortsbeirat. Offen bleibt bei dieser Form des Gedenkens die Frage nach dem Wissenstransfer in die Mehrheitsgesellschaft. Zudem müssten Kostenfragen geklärt werden.

9. Verschiedene Formen der Kontextualisierung authentischer Orte der Arbeitsmigration mithilfe von Tafeln oder digitalen Komponenten sind denkbar. Die Vertreterin und der Vertreter des Ausländerbeirates befürworteten Stelen für die Sichtbarmachung von Orten der Geschichte der Arbeitsmigration in Wiesbaden. Ein Beispiel aus Bremen, wie ein Denkmal (Ford Transit) gestaltet sein kann:

<https://www.weser-kurier.de/bremen/denkmal-fuer-bremens-gastarbeiter-doc7e3nffk4bm1q3ndg6uh> (Aufruf 12.09.2023)

Die Ideen zu 10. und 11. greifen die ursprünglichen Vorschläge des Ausländerbeirates auf, welche in der Plenarsitzung des Ausländerbeirates am 16.11.2021 vorgestellt wurden und ergänzen diese mit Kommentaren der Fachverwaltung.

10. Ein Tag des Austausches bzw. Fest. Dabei soll dieser Tag nicht an das Internationale Sommerfest angedockt werden. Vielmehr soll es eine selbstständige Veranstaltung sein. Herr Kizilgöz schlug ein Format vor, welches einen Wissenstransfer durch ein Seminar und/oder Symposium er-

möglichen soll. Als möglicher Termin wurde der 1. März vorgeschlagen, da hier 1972 die erste Sitzung des Ausländerbeirats stattfand. Denkbar wäre eine Abendveranstaltung mit Vortrag oder eine 1- bis 2-tägige Veranstaltung.

Die Vertreterinnen des Kulturamtes schlugen vor, das Datum der konstituierenden Sitzung des Wiesbadener Ausländerbeirats - auch stets als Gründungsdatum des AB geführt - zum Anlass zu nehmen, einmal im Jahr eine Veranstaltung durchzuführen, in deren Rahmen auf die Geschichte und Bedeutung der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter für die Wiesbadener Stadtgeschichte hingewiesen wird. Denkbar ist ein wissenschaftlicher Fachvortrag (analog zu zum Beispiel Gedenkveranstaltungen u.a. rund um den 27. Januar als Tag des Gedenkens für die Opfer des NS), eine Filmvorführung (zum Beispiel „Aşk, Mark ve Ölüm - Liebe, D-Mark und Tod“) mit Filmgespräch oder ein Erzähl-Café (ggf. in Kooperation mit der VHS Wiesbaden).

11. Bei der Errichtung eines Denkmals/Statue ist allen Beteiligten klar, dass dies einige Zeit - gerade angesichts der aktuellen finanziellen Situation der LHW - benötigen wird und nicht von heute auf morgen umgesetzt werden kann. Die gewählte Form eines Denkmals soll ein Gedenken ermöglichen, welches auch Raum lässt, Probleme reflektieren zu können. Der Ausländerbeirat legt dabei Wert auf Transparenz und will bei der Ausschreibung mitgenommen werden. Das Kulturamt ist damit einverstanden, wenn die politischen Gremien entscheiden sollten, eine solche Maßnahme umzusetzen.

Die Vorschläge wurden am 25.09.2023 im Plenum des Ausländerbeirats vorgestellt und einstimmig angenommen.

A. Löbke